

Agrarhandel als Testfall für gerechte Welthandelsbedingungen

Gemeinsames Positionspapier
der Deutschen Kommission Justitia et Pax,
der Katholischen Landvolkbewegung und
der Katholischen Landjugendbewegung

Inhalt

Inhaltsverzeichnis	2
Vorwort	3
Mitglieder der Arbeitsgruppe	5
Agrarhandel als Testfall für gerechte Welthandelsbedingungen	8
1. Der Weltagrarhandel als Problemfall	8
2. Ethische und Ordnungspolitische Herausforderungen	12
3. Sozialethische Maßstäbe für eine Reform des Weltagrarhandels	14
4. Kritische Bilanz der WTO und ihres Agrarabkommens	19
5. Reformperspektiven	22
Zusammenfassung	27

Vorwort

Die Geschichte der Beziehungen zwischen den Ländern des Südens und des Nordens wird in signifikanter Weise durch den Handel beschrieben. Die Länder des Nordens waren seit jeher an der Bereitstellung günstiger Produkte aus tropischen und subtropischen Gefilden für die einheimische Wirtschaft und Ernährungssicherung interessiert ebenso wie sie auf die Ausweitung ihrer Produktmärkte abzielten. Den Ländern des Südens war es dagegen aus vielfältigen Gründen kaum möglich, frühzeitig und effektiv ihre Interessen zu artikulieren geschweige denn zu verfolgen. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahre 1995 sollte eine Einrichtung geschaffen werden, die diese ungleichen Ausgangssituationen im Handel ausgleicht, in der alle Mitgliedsstaaten gleiche Rechte einfordern können und gleichen Pflichten unterliegen. Eine Voraussetzung dafür war die Einrichtung einer Verhandlungsrunde, die die Entwicklung der ärmeren Länder und der Förderung ihrer Potentiale zum Ziel hat.

Der Agrarhandel nimmt in diesen Verhandlungen eine besondere Rolle ein, weil es sich hierbei entweder um Nahrungsmittel handelt, oder um Produkte, die in Konkurrenz dazu angebaut werden, wie z.B. Gummi, Sisal o. Zucker. Somit sind die Regeln des weltweiten Agrarhandels nicht nur nach ökonomischen Gesichtspunkten festzulegen, sondern sie müssen auch ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien standhalten.

In der öffentlichen Debatte scheint es auf den ersten Blick Gegensätze zwischen entwicklungspolitischen Zielen und Interessen der Landwirte hier zu geben, wenn es etwa um

die Öffnung der Märkte für Agrarexporte und den Schutz der einheimischen Landwirtschaft geht. Die Deutsche Kommission Justitia et Pax hat im Vorfeld der letzten Ministerkonferenz in Cancun 2003 sich kritisch zu den möglichen Auswirkungen einer Liberalisierung des Agrarhandels geäußert und den Abbau von Agrarsubventionen gefordert, damit die laufende Verhandlungsrunde tatsächlich eine Entwicklungsrunde wird, wie in Doha vereinbart wurde. Die Bauernorganisationen in Deutschland dagegen betonten ihre Sorge um den erwarteten Strukturwandel in der heimischen bäuerlichen Betriebslandschaft durch den Wegfall von Subventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Europa. Auch im Streit um die Zuckermarktordnung kehren ähnliche Argumente wieder. Die verschiedenen Interessen der bäuerlichen Bevölkerung in Ländern des Südens und des Nordens erscheinen als schwierig zu vermitteln und kaum vereinbar. Aber Einigkeit besteht zwischen Agrar- und Entwicklungspolitikern im Ziel der Überwindung von Armut und Hunger. Wenn Hunger und Armut erfolgreich bekämpft werden sollen, müssen sich entwicklungspolitische und agrarpolitische Interessen treffen. Aber auch ökologische Aspekte werden durch den Agrarmarkt angesprochen. So müssen der Wert von Nahrungsmitteln, der Wert der Landschaftspflege und der Erzeugung anderer landwirtschaftlicher Produkte, die für das Leben notwendig sind, wiederentdeckt und neu definiert werden, und vor allem das Menschenrecht auf Nahrung.

Justitia et Pax, KLB und KLJB haben in diesem gemeinsamen Positionspapier die unterschiedlichen Interessen der Bauern und Bäuerinnen in Nord und Süd im Agrarhandel analysiert: was sind die vermeintlichen, was die tatsächlichen Gegensätze, wo gibt es gemeinsame Ziele oder Ansatzpunkte für gemeinsame Strategien. Die Analyse stützt sich auf ethische und menschenrechtliche Kriterien, die auch Ausgangspunkte für die Formulierung von sozialem Maßstäben für eine Reform des Weltagrarhandels sind. Auf dieser Basis wird einerseits eine kritische Bilanz der WTO und ihres Agrarabkommens gezogen und andererseits Perspektiven für schlüssige Reformen abgeleitet. Dabei wird deutlich, dass sozialem Perspektiven langfristigen ökonomischen Zielen nicht widersprechen.

Auf der Grundlage der katholischen Soziallehre haben kirchliche Entwicklungs- und Agrarpolitiker Wege aus den festgefahrenen Grabenkämpfen gesucht, deren Heftigkeit bestimmt ist von den Existenzängsten bäuerlicher Familien im Norden einerseits und von Hunger und Überlebensängsten der Menschen im Süden. Und doch wird es nur durch die Zusammenarbeit zwischen Agrar- und Entwicklungspolitik in Nord und Süd Lösungen geben für eine Landwirtschaft, die ihre unterschiedlichen Funktionen in Ernährung, Ökologie und sozialem Zusammenhalt erfüllt. Ein erster Schritt ist getan: Mit diesem Dokument werden Impulse für den Dialog zwischen Bauernverbänden und entwicklungspolitischen Gruppen zunächst in Deutschland gegeben. Selbst nach Beendigung der Verhandlungen in der WTO und einer möglichen Einigung der Mitgliedsstaaten auf ein Agrarabkommen wird es weiterhin nötig sein, den Strukturwandel in der Landwirtschaft in allen Ländern sozial und ökologisch verträglich zu gestalten und kritisch zu begleiten. Das Augenmerk wird auch auf den Ländern und ihrer Bevölkerung liegen müssen, die nicht WTO- Mitglieder sind, aber in gleichem Maße den Zielen der Vereinten Nationen in Bezug auf Armutsbekämpfung und Ermächtigung der Bevölkerung, nachhaltiger Entwicklung und Aufbau einer Partnerschaft für Entwicklung verpflichtet sind.

Bonn, den 6. Dezember 2005

Bischof Dr. Reinhard Marx, Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax